

■ BUDGETKONSOLIDIERUNG IM VORFELD DER VERWIRKLICHUNG DER WÄHRUNGSUNION

MITTELFRISTIGE PROGNOSE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT BIS 2000

Schwache Nachfrage aus dem Ausland und Realeinkommenseinbußen der privaten Haushalte bremsen zunächst die Expansion. Ab 1998 wird sich die Wirtschaft in Österreich sichtbar erholen und bis 2000 ein Wachstum von nahezu 3% erreichen. Im Durchschnitt 1995 bis 2000 dürfte das Brutto-Inlandsprodukt real um nur 1,8% pro Jahr zunehmen und damit etwas hinter der Entwicklung in der EU (+2,1% im Durchschnitt) zurückbleiben.

Die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und die Ostöffnung setzen die europäischen Industrieländer zunehmend unter Anpassungsdruck. Strukturen werden aufgebrochen und rascher verändert als bisher. Die durch die Liberalisierung des Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und (regional noch begrenzt) Personenverkehrs geförderten Ausgleichs- und Annäherungstendenzen gehen nicht nur in eine Richtung. Dem Aufholprozeß in den aufstrebenden Volkswirtschaften stehen in den etablierten Industrieländern (insbesondere in Europa) einschneidende Veränderungen der Produktionsstruktur, der Arbeitsmärkte und der Sozialstandards gegenüber, welche die Wirtschaftsdynamik zumindest für eine geraume Zeit beeinträchtigen und auch ernste gesellschaftliche Spannungen auslösen könnten.

Diese Tendenzen werden verstärkt durch vermutlich bis in das Jahr 1998 hineinreichende restriktive budgetpolitische Maßnahmen einer Reihe von EU-Ländern, die von der Erfüllung der Konvergenzkriterien bezüglich der öffentlichen Haushalte noch weit entfernt sind.

Nach dem im Dezember 1995 in Madrid vom Europäischen Rat festgelegten Zeitplan soll die Währungsunion 1999 beginnen. 1998 soll der Kreis der Teilnehmer bestimmt werden. Der Prozeß bis zur Verwirklichung der Währungsunion und bis zur Einführung einer Einheitswährung wird kritische Phasen durchlaufen müssen und wirft eine Reihe offener Fragen auf. Breuss (1996) befaßt sich anhand umfangreicher Literatur mit diesen nicht geklärten Fragen.

Der Autor dankt Fritz Breuss, Norbert Geldner und Gerhard Lehner für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Martha Steiner

Die vorliegende Prognose für die österreichische Wirtschaft bis zum Jahr 2000 integriert voll die jüngste WIFO-Konjunkturprognose für die Jahre 1996 und 1997 (Marterbauer, 1996) und stützt sich bezüglich der inter-

Die österreichische Wirtschaft befindet sich im Sog der jüngsten Konjunkturabschwächung in Europa. Gleichzeitig haben Bund, Länder und Gemeinden ein zweijähriges Programm zur Konsolidierung des Staatshaushaltes gestartet; das Ziel ist, die Neuverschuldung des Staates bis 1997 auf 3% des Brutto-Inlandsproduktes zu senken.

nationalen Rahmenbedingungen auf die mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft von Schulmeister (1996). Sie wurde mit Hilfe des WIFO-Makromodells erstellt. Strukturwandel und Budgetsanierungsmaßnahmen erhöhen den Unsicherheitsspielraum der Prognose, weil die aus der Vergangenheit bekannten Verhaltensmuster der Unternehmen und privaten Haushalte weniger verlässlich werden könnten.

INTERNATIONALE RAHMENBEDINGUNGEN UND AUSLÄNDISCHE NACHFRAGE

Eine Reihe von Faktoren bewirkte in Europa nach kurzer Aufschwungphase in der zweiten Jahreshälfte 1995 eine Konjunkturabschwächung, von der Deutschland besonders stark betroffen ist. Zu den wichtigsten zählen die Nachwirkungen der Wechselkursbewegungen vom Frühjahr 1995 (besonders in den Hartwährungsländern), das Ende des Lageraufbaus und die gleichzeitig in einer Reihe von EU-Ländern durchgeführten Budgetkonsolidierungsmaßnahmen zwecks Erreichen der Maastricht-Konvergenzkriterien. Gerade diese Maßnahmen schwächen nicht nur die Inlandsnachfrage, sondern wirken verstärkt über reduzierte Außenhandelsdynamik transnational.

Daß die Wirtschaft in Europa in eine Rezession abgleitet, wird nicht erwartet; eine Erholung dürfte aber nicht vor Mitte 1997 einsetzen. Günstige Voraussetzungen dafür sind eine leichte Aufwertungstendenz des Dollars (die Wechselkurse in Europa dürften sich kaum ändern); Preisstabilität und Konjunkturschwäche lassen im Laufe des Jahres weitere Zinssenkungen der Notenbanken erwarten. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit könnten in einzelnen Ländern Infrastrukturinvestitionen getätigt werden. Dazu kommen positive Wachstumsimpulse aus den USA, aber auch aus Japan. Durch die bis ins Jahr 1998 wirksamen fiskalischen Restriktionen vieler Länder dürfte die Erholung vorerst eher verhalten verlaufen und ab 1999 an Schwung gewinnen.

Übersicht 1: Brutto-Inlandsprodukt

	Ø 1979/1985	Ø 1985/1990	Ø 1990/1995	Ø 1995/2000
	Jährliche Veränderung in %, real			
Österreich	+1,6	+3,0	+2,0	+1,8
OECD insgesamt	+2,2	+3,2	+1,7	+2,3
EU	+1,6	+3,1	+1,3	+2,1
Deutschland	.	.	.	+1,6
Osteuropa	+2,0	+1,6	-9,6	+4,4

Im Prognosezeitraum 1995/2000 wird das BIP in der EU um rund 2% pro Jahr wachsen – etwas rascher in den Weichwährungsländern und langsamer in den Hartwährungsländern (z. B. in Deutschland +1,6%). Die japanische Wirtschaft expandiert im laufenden Jahrfünft mit +2% pro Jahr kräftiger als zwischen 1990 und 1995 (+1,2%). In den USA wird das Wachstum bis 2000, wie schon in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, dynamischer sein als in Westeuropa und Japan.

Für die ehemaligen Planwirtschaften ist eine starke Belebung zu erwarten. Insbesondere in Ostmitteleuropa dürfte die Produktion im Prognosezeitraum um 5½% pro Jahr zunehmen. Das höchste Expansionstempo (+6½% pro Jahr) weisen weiterhin die nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer (Ostasien) auf (Übersicht 1).

Die Prognose unterstellt, daß Österreich mit stabilen Wechselkursen, anhaltenden Produktivitätsverbesserungen und maßvollen Lohnzuwächsen seine Wettbewerbsfähigkeit im Güteraustausch mit dem Ausland behauptet. Die Lohnstückkosten steigen im privaten Sektor nur wenig (durchschnittlich +1,3% pro Jahr). Nach Überwinden der Wirtschaftsflaute in Deutschland und mit der Wachstumsbeschleunigung in der EU gewinnen Österreichs Exporte erheblich an Dynamik. Noch ist Österreichs Marktanteil an den Exporten in die rasch wachsenden Wirtschaftsräume außerhalb Europas gering. Nach wie vor werden die Exporteure vom Aufholprozeß in den Oststaaten profitieren; die stärker werdende Konkurrenz wird jedoch keine Marktanteilsgeinne mehr zulassen.

Im Zeitraum 1995/2000 könnte das Volumen der Warenexporte im Durchschnitt um rund 6% pro Jahr steigen (im Jahrfünft davor betrug der Anstieg nur rund 4%).

Die Wechselkursveränderungen, die Nachfrageschwäche in Deutschland, die markante Verbilligung von Flugreisen (insbesondere von Fernreisen), ein Wandel der Freizeitpräferenzen, aber auch länger überdeckte Strukturschwächen lassen die realen Reiseverkehrseinnahmen bereits seit 1992 schrumpfen. Für 1997 wird noch immer mit einer Stagnation gerechnet; ab 1998 könnte sich ein mäßiger Aufschwung einstellen, wenn mit zunehmendem Nachfragepotential aus dem Ausland auch Verbesserungen des Angebotes einhergehen. Überdies sollten die Nachteile, die sich aus der Veränderung der realen Wechselkurse ergeben haben, nach und nach kleiner werden. Im Durchschnitt 1995/

2000 wird die jährliche Zuwachsrate kaum 1% erreichen, nachdem zwischen 1990 und 1995 ein Rückgang um gut 3½% hingenommen werden mußte.

HAUSHALTSPOLITIK UND ÖFFENTLICHER SEKTOR

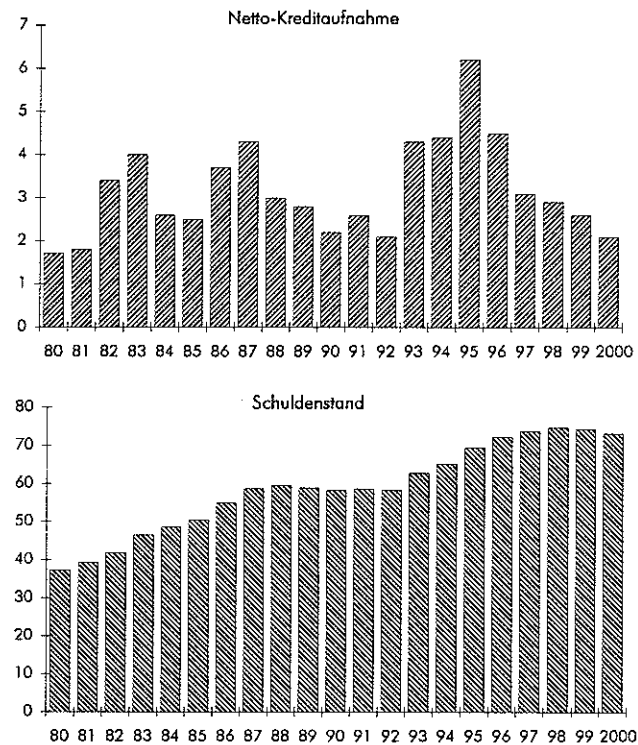
Der eingeschlagene budgetpolitische Kurs und die erwarteten internationalen Rahmenbedingungen machen es möglich, die Neuverschuldung des Staates bis 1997 auf 3% des BIP zu senken und damit das Konvergenzkriterium für die Teilnahme an der Währungsunion zu erfüllen. Die Belebung des Wirtschaftswachstums und ein Festhalten des Staates an einer disziplinierten Ausgabenpolitik könnten die Neuverschuldungsquote bis zum Jahr 2000 auf 2% drücken.

Zwischen 1987 und 1992 gelang es, die Neuverschuldungsquote des Staates von 4,3% auf fast 2% des BIP zu reduzieren. Das Wirksamwerden automatischer Stabilisatoren im Abschwungsjahr 1993 ließ die Quote wieder auf 4,1% hochschnellen; parallel dazu überschritt die zuvor vier Jahre mit rund 58½% stabile Staatsschuldenquote die 60%-Marke. Im Aufschwungjahr 1994 konnte die Neuverschuldungsrelation infolge der Steuerreform nicht gesenkt werden. Ein neuerlicher Sprung (+ 1¼ Prozentpunkte auf 6,2% des BIP) wurde 1995 durch die Belastungen im Gefolge des EU-Beitritts (rund 2% des BIP) verursacht (Abbildung 1)

Mit den Haushaltsvoranschlägen für 1996 und 1997 haben sich alle Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) der schwierigen Aufgabe gestellt, innerhalb kurzer Frist die Neuverschuldungsquote auf 3% zu senken (Bund 2,7%, Länder 0,3%). In der mittelfristigen Prognose sind übereinstimmend mit der Konjunkturprognose des WIFO die Voranschläge für den Bundeshaushalt 1996 und 1997 und ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt (eine erste Beurteilung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung findet sich in *Kramer – Lehner, 1996*). Gewisse Verschiebungseffekte der beschlossenen Maßnahmen reichen über das Jahr 1997 hinaus. Für 1998 bis 2000 wird eine leichte Lockerung des restriktiven Kurses, jedoch ein Festhalten an einer disziplinierten Ausgabenpolitik unterstellt. Erwartet wird, daß ein Ausgaben- und Finanzierungsspielraum (etwa aus Privatisierungserlösen) Investitionen zugute kommt. Steuerermäßigungen, wie etwa eine Tarifierhöhung der Lohn- und Einkommensteuer, sind für den Prognosezeitraum nicht in Rechnung gestellt. Restriktive Effekte aus Einnahmesteigerungen und Ausgabeneinsparungen werden zum

Abbildung 1: Netto-Kreditaufnahme und Schuldenstand des Staates

In % des BIP



Teil und auch mit Verzögerung durch wachstums- und beschäftigungsfördernde Investitionen kompensiert

Für wichtige *Ausgabenpositionen* des Staates wurden folgende Annahmen getroffen:

Die Lohnsumme je Beschäftigten im öffentlichen Dienst (im weiteren Sinne) wird nach einer Stagnation in den Jahren 1996 und 1997 wieder um 2% bis 3% wachsen. Bei gleichzeitig leichter Zunahme der Zahl der Beschäftigten beschleunigt sich das Wachstum des Personalaufwands in den Jahren 1998 bis 2000 von knapp 3% auf gut 4%. Der Sachaufwand dürfte sich mäßiger erhöhen, sodaß der öffentliche Konsum nominell um 2¾% bis 3¾% zunimmt.

Die Transfers der öffentlichen Verwaltung an die privaten Haushalte (Pensionen, vor allem aber Familienbeihilfen) werden merklich langsamer steigen als die Einkommen der unselbständig Beschäftigten.

Die beschlossenen und geplanten Investitionsprogramme verstärken die Investitionsdynamik erst ab 1998. Einerseits steigert der Staat seine Investitionen wieder (+ 3%), andererseits sorgen Infrastrukturprojekte im Ausmaß von jährlich etwa 12 Mrd. S für kräftige Impulse (ins Gewicht fällt vor allem der Bahnausbau).

Die Nettobelastung der öffentlichen Haushalte infolge des EU-Beitritts (Nettotransfers und Mindereinnahmen) geht 1996 um 18 Mrd. S auf 30½ Mrd. S zurück und beträgt in den Folgejahren rund 33 Mrd. S.

Auf der *Einnahmenseite* fließen auf Basis der neuen Festlegungen die indirekten und direkten Steuern sowie die Sozialversicherungsbeiträge entsprechend der prognostizierten Nachfrage- und Einkommensentwicklung. Allerdings sind ab 1998 Mindereinnahmen an Körperschaftsteuer aufgrund zeitlicher Verschiebungen (Verlustvortragsregelung) zu erwarten. Außerdem wird die Post voraussichtlich weniger an Körperschaftsteuer zahlen als 1997. Die durchschnittliche Belastung der privaten Haushalte mit direkten Steuern steigt seit der Steuerreform 1994 über den Prognosezeitraum kontinuierlich. Mit dem Wegfall des allgemeinen Absetzbetrags erhöhte sich die Aufkommenselastizität.

Der unterstellte budgetpolitische Kurs und die erwarteten internationalen Rahmenbedingungen lassen es zu, die *Neuverschuldungsquote des Staates* bis 1997 auf 3% des BIP (Maastricht-Kriterium) zu senken. Die Staatsschuldenquote läge bei fast 74% des BIP. 1998 könnte die Netto-Schuldenaufnahme etwa stabil gehalten werden. Die für 1999 und 2000 prognostizierte Wachstumsbeschleunigung und ein leichtes Anziehen der Inflation gestatten eine weitere Budgetentlastung. Die errechnete Defizitquote von rund 2% im Jahre 2000 würde zum einen die Voraussetzung schaffen, um in der nächsten Wachstumsabschwächung bzw. Rezession die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und eventuell antizyklisch gegenzusteuern; zum anderen würde sie eine gute Ausgangsbasis für eine nachhaltige Budgetkonsolidierung bieten, bei der man um eine grundlegende Reform der langfristigen Einflußfaktoren (Strukturreform) nicht herumkommen wird.

ENTWICKLUNG DER INLANDS-NACHFRAGE

Die Komponenten der inländischen Nachfrage – öffentlicher Konsum, privater Konsum und Investitionen – werden im Prognosezeitraum erheblich von den budgetpolitischen Maßnahmen betroffen. Während diese auf die beiden Konsumkomponenten deutlich negativ wirken, werden die Investitionen begünstigt.

Der öffentliche Konsum wächst im Vorhersagezeitraum real um nur $\frac{1}{2}\%$ pro Jahr (nach rund $+2\frac{1}{2}\%$ zwischen 1990 und 1995).

Durch die Stagnation der Einkommen im öffentlichen Dienst, den Beschäftigungsrückgang, Steuererhöhungen und fühlbare Einsparungen an Transferleistungen erleiden die privaten Haushalte 1996 und 1997 Einbußen an verfügbarem Einkommen von jeweils $\frac{3}{4}\%$ real. Erfahrungsgemäß reagieren ihre Konsumausgaben nicht sofort und im vollen Ausmaß auf Einkommensveränderungen. Dieses Verhalten wird adäquat durch eine Konsumfunktion mit Fehlerkorrekturmechanismus (dahinter steht eine Gleichgewichtsvorstellung) abgebildet. Die Prognose geht davon aus, daß die Konsumenten ihr

Verhalten trotz der Restriktionsmaßnahmen und steigender Arbeitslosigkeit nicht ändern. Daher wird der *reale Konsum* zu Lasten der Sparquote dennoch leicht steigen. Mit einer allmählichen Zunahme der disponiblen Realeinkommen ist erst ab 1998 zu rechnen; in der Periode 1995/2000 wachsen sie im Durchschnitt um nicht mehr als $\frac{1}{2}\%$ pro Jahr. Mit knapp $+1\%$ pro Jahr expandiert der Konsum real nicht einmal halb so stark wie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Die Sparquote der privaten Haushalte fällt von ihrem Höchstwert von 13,6% im Jahr 1994 (Steuerreform) auf 11% (1998) und steigt dann wieder auf 11,7% (2000).

Die *Investitionstätigkeit* dürfte sich ab 1998 spürbar beleben. Die geplanten Vorhaben der öffentlichen Hand leisten dazu einen namhaften Beitrag. Die Durchführung der Investitionsprogramme der Bahn und im Telekommunikationsbereich setzen mit der Verbesserung der Infrastruktur auch standortpolitische Akzente. Sie werden überdies die Bauwirtschaft wieder besser auslasten.

Im privaten Bereich herrscht anhaltender Rationalisierungs- und Modernisierungsbedarf. Die Ausführung mancher Investitionsvorhaben dürfte zunächst aufgeschoben worden sein.

Die *Zinsen* richten sich in Österreich wegen der DM-Bindung des Schillings nach der Entwicklung in Deutschland. 1996 dürften sie noch etwas sinken, 1997 eher stagnieren. Ab 1998 ist mit einem leichten Anstieg zu rechnen; gegenüber Deutschland ist kein nennenswertes Zinsdifferential anzunehmen.

Mit der Konjunkturerholung sollte daher vor allem die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern im privaten Sektor lebhafter werden. Insgesamt dürften die Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten im Prognosezeitraum durchschnittlich real um rund $3\frac{1}{2}\%$ pro Jahr gesteigert werden – etwas stärker als in den fünf Jahren zuvor.

Aus der Entwicklung der Nachfrage und der relativen Preise ist eine jährliche reale Ausweitung der *Warenimporte* um durchschnittlich 5% abzuleiten. Dabei ist berücksichtigt, daß von der Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte eher Importgüter betroffen sind und daß Infrastrukturinvestitionen einen unterdurchschnittlichen Importgehalt haben.

Nach dem Boom der *Reiseverkehrausgaben* der Österreicher im Ausland (das Aggregat enthält zu einem erheblichen Teil auch Warenkäufe) wird angesichts der gedämpften Realeinkommensentwicklung mit mäßigeren Steigerungsraten gerechnet (im Durchschnitt $+2,6\%$ pro Jahr gegenüber $+4,6\%$ in der ersten Hälfte der neunziger Jahre).

Die Außenhandelspreise dürften sich ruhig entwickeln. Bei einer jährlichen Erhöhung um etwas mehr als 1% im Durchschnitt könnte eine leichte Verbesserung der Terms of Trade erzielt werden.

Übersicht 2: Leistungsbilanz

	Ø 1979/1985	Ø 1985/1990	Ø 1990/1995	Ø 1995/2000
	Jährliche Veränderung in %			
Warenexporte ¹⁾				
Real	+ 6,0	+ 6,2	+ 3,8	+ 6,1
Nominell	+ 9,4	+ 5,7	+ 3,7	+ 7,6
Deviseneingänge Reiseverkehr				
Real	+ 0,3	+ 5,1	- 3,6	+ 0,8
Nominell	+ 5,6	+ 7,5	+ 0,1	+ 2,7
Warenimporte ¹⁾				
Real	+ 3,4	+ 6,6	+ 3,9	+ 5,0
Nominell	+ 8,1	+ 5,2	+ 4,0	+ 6,1
Devisenausgänge Reiseverkehr				
Real	+ 1,4	+ 5,9	+ 4,6	+ 2,6
Nominell	+ 6,0	+ 8,3	+ 6,5	+ 4,0
Handelsbilanz ¹⁾				
Mrd S	- 77,3	- 75,7	- 109,8	- 100,1
In % des BIP	- 6,7	- 4,8	- 5,1	- 3,9
Leistungsbilanz				
Mrd S	- 6,3	3,0	- 15,7	- 32,1
In % des BIP	- 0,6	0,2	- 0,7	- 1,2

¹⁾ Bis 1994 laut Außenhandelsstatistik

Das Defizit der *Leistungsbilanz* erreichte 1995 mit rund 47 Mrd. S einen Spitzenwert. Bis 1997 verringert es sich auf rund 30 Mrd. S und bleibt dann etwa auf diesem Niveau; dies bedeutet einen Rückgang auf rund 1% des BIP bis 2000. Die rasche Ausweitung des Defizits war durch den Einbruch in der Reiseverkehrsbilanz und die 1995 einsetzenden Nettotransfers an die EU verursacht. Gemäß der Prognose verbessern sich sowohl Handels- als auch Reiseverkehrsbilanz, die Nettotransfers an das Ausland haben steigende Tendenz; die Zahlungsströme an die EU erhöhen sich im Prognosezeitraum von netto 13½ Mrd. S auf rund 20 Mrd. S pro Jahr.

Die beschriebene Entwicklung der Nachfrage läßt nach der Wachstumsschwäche in den Jahren 1996 und 1997 wieder eine größere Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und damit eine steigende Auslastung der Produktionskapazitäten erwarten. Mit einer durchschnittlichen Ausweitung des realen BIP um 1,8% pro Jahr bleibt Österreich zwischen 1995 und 2000 hinter dem Wachstum der EU (2,1%) zurück. Der Rückstand der Jahre 1996 und 1997, verursacht vor allem durch die Konzentration der Budgetsanierungsmaßnahmen auf einen kurzen Zeitraum und durch den ausgeprägten Konjunkturrückschlag in Deutschland, kann also bis zur Jahrtausendwende nicht aufgeholt werden.

Dem schwachen Wachstum in den Jahren 1996 und 1997 (BIP real +0,7% bzw. +1%) folgt 1998 ein verhalten Aufschwung (+1,7%), der sich erst nach Abklingen der budgetären Restriktionswirkungen in Europa 1999 und 2000 voll entfalten kann (+2,6% und +2,9%).

KEINE AUSWEITUNG DER BESCHÄFTIGUNG – ARBEITSLOSIGKEIT NIMMT ZU

Fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft, internationale Arbeitsteilung und Verschärfung des Wettbe-

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1979/1985	Ø 1985/1990	Ø 1990/1995	Ø 1995/2000
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,2	+ 0,9
Öffentlicher Konsum	+ 1,9	+ 0,9	+ 2,4	+ 0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	- 0,1	+ 4,9	+ 3,0	+ 3,6
„Privater“ Sektor	+ 0,2	+ 5,6	+ 3,3	+ 4,1
Inländische Endnachfrage	+ 1,3	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,6
Lagerveränderung und Statistische Differenz	Mrd S	9,1	11,6	20,1
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 1,3	+ 3,2	+ 2,7	+ 1,7
Exporte i w S	+ 4,8	+ 5,4	+ 3,1	+ 5,2
Importe i w S	+ 3,9	+ 5,8	+ 4,5	+ 4,8
Brutto-Inlandsprodukt	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,8
Nominell	+ 6,6	+ 6,0	+ 5,5	+ 3,6

werbs bestimmen zunehmend die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen werden in hohem Maße zu Lasten des Faktors Arbeit gesetzt. Während dieser Prozeß in der Industrie

Der von der Verschärfung des Wettbewerbs ausgehende Rationalisierungsdruck schlägt sich in deutlichen Einsparungen des Produktionsfaktors Arbeit nieder. Der öffentliche Sektor weitet vorderhand seine Beschäftigung nicht aus. Daher nimmt die Zahl der Arbeitsplätze per Saldo im Prognosezeitraum nicht zu, und die Arbeitslosigkeit steigt erheblich. 1998 wird die Arbeitslosenquote (konventionelle Berechnung) 8% der unselbständigen Erwerbspersonen erreichen und bis zum Jahr 2000 auf 7½% sinken.

schon seit längerem ausgeprägt im Gang ist, setzt mit der Öffnung für mehr Wettbewerb nun auch im Dienstleistungsbereich eine tiefgreifende arbeitsparende Umstrukturierung ein. Gleichzeitig stoppen die öffentlichen Haushalte ihre Personalexpansion. Folge dieser Entwicklung ist, daß die Arbeitsproduktivität auf einen etwas steileren Wachstumstrend einschwenkt und ceteris paribus die Nachfrage nach Arbeit schwächer wird.

Zwischen 1995 und 2000 nimmt die *Produktivität* je unselbständig Beschäftigten und je Erwerbstätigen durchschnittlich um 1,9% bzw. 2,1% pro Jahr zu (erste Hälfte der neunziger Jahre +1,4% bzw. +1,7%). Der für heuer und nächstes Jahr prognostizierte Beschäftigungsrückgang wird bis zum Jahr 2000 kaum aufzuholen sein. Erfahrungsgemäß reagiert das Angebot an Unselbständigen auf Nachfrageschwankungen, weil sich ein Teil der Freigesetzten aus dem Markt als Anbieter zurückzieht und potentielle neue Anbieter keine Chancen auf Beschäftigung sehen.

Die *Arbeitslosigkeit* nimmt in Österreich kräftig zu. Bis 1998 steigt die Arbeitslosenquote auf 7,2% der Er-

Übersicht 4: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1979/1985	Ø 1985/1990	Ø 1990/1995	Ø 1995/2000
	Jährliche Veränderung in %			
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,0	+ 1,2	+ 0,9	- 0,2
Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	+ 0,0	+ 1,2	+ 0,6	- 0,1
„Privater“ Sektor	- 0,6	+ 1,0	+ 0,0	- 0,5
Arbeitslose	+ 16,2	+ 3,5	+ 5,4	+ 2,8
Arbeitslosenquote				
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	3,6	5,3	6,3	7,7
In % der Erwerbspersonen	3,1	4,6	5,7	7,0
Arbeitsproduktivität ¹⁾	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,9
„Privater“ Sektor	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,4
Lohn- und Gehaltssumme ²⁾	+ 6,0	+ 5,7	+ 5,3	+ 3,0
Je Beschäftigten	+ 5,7	+ 4,3	+ 4,6	+ 3,1
Öffentlicher Sektor	+ 5,1	+ 2,7	+ 3,6	+ 1,5
„Privater“ Sektor	+ 5,8	+ 4,8	+ 5,0	+ 3,6
Lohnstückkosten im „privaten“ Sektor	+ 4,1	+ 2,4	+ 3,1	+ 1,3
Unternehmereinkommen und unverteilte Gewinne	+ 7,8	+ 8,2	+ 6,2	+ 3,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,2	+ 6,5	+ 2,1	+ 2,5
Sparquote	in %	8,9	12,2	13,2
			11,5	

¹⁾ Produktion je unselbständig Beschäftigten lohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld; - ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

werbspersonen¹⁾ bzw auf 8% der unselbständigen Erwerbspersonen (konventionelle Definition); 2000 beträgt sie 6,8% bzw. 7½%. Damit verfestigt sich das seit Anfang der achtziger Jahre beobachtete Verlaufsmuster der Arbeitslosigkeit: Die in der Rezession bzw Wachstumsabschwächung entstandene Arbeitslosigkeit kann im Konjunkturaufschwung nur zu einem kleinen Teil abgebaut werden, und die Sockelarbeitslosigkeit steigt stufenweise. Diese Entwicklung erhöht nicht nur die Zahl der Betroffenen überproportional, sie verändert auch die Struktur der Arbeitslosigkeit. Mit der Zunahme der Zahl der Langzeitarbeitslosen gehen Qualifikationsverluste einher. Durch die Eindämmung der Frühpension als „shock absorber“ erhöht sich nicht nur die Altersarbeitslosigkeit, auch die Jugendarbeitslosigkeit könnte wieder an Stellenwert gewinnen

Ein kleines Land mit offener Wirtschaft wie Österreich kann dieses Problem nicht autonom lösen; europaweit sind derzeit keine erfolgversprechenden Maßnahmen in Sicht. Das Delors-Weißbuch der EU über „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (1993) konnte mangels Finanzierungsmöglichkeiten nicht umgesetzt werden. Derzeit vorgeschlagene Maßnahmen können höchstens marginale Verbesserungen bewirken. Die arbeitsplatzschaffende Wirkung diskutierter Flexibilisierungsmodelle ist theoretisch und empirisch umstritten.

Mit Flexibilisierung wird im allgemeinen Lohndämpfung, effizienterer Einsatz des Faktors Arbeit und bessere Nutzung des Kapitals erreicht. Somit verbessert sich die

¹⁾ Gemäß EU Labour Force Survey, dem eine Mikrozensushebung zugrunde liegt, würde sich eine Arbeitslosenquote von etwa 4¼% ergeben. Diese Rate kann mit dem hier verwendeten Modell nicht prognostiziert werden.

Übersicht 5: Deflatoren

	Ø 1979/1985	Ø 1985/1990	Ø 1990/1995	Ø 1995/2000
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+ 5,4	+ 2,1	+ 3,2	+ 1,9
Öffentlicher Konsum	+ 5,4	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,0
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 4,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,5
Exporte i w S	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,2
Waren ¹⁾	+ 3,3	- 0,5	- 0,1	+ 1,4
Reiseverkehr	+ 5,3	+ 2,3	+ 3,8	+ 1,9
Importe i w S	+ 4,7	- 0,5	+ 0,7	+ 1,2
Waren ¹⁾	+ 4,5	- 1,3	+ 0,1	+ 1,1
Reiseverkehr	+ 4,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4
Brutto-Inlandsprodukt	+ 4,9	+ 2,9	+ 3,4	+ 1,8
Terms of Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 0,6	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,1
Warenverkehr ¹⁾	- 1,2	+ 0,8	- 0,1	+ 0,3

¹⁾ Bis 1994 laut Außenhandelsstatistik

Wettbewerbsfähigkeit und die Chance, auf dem Markt zu reüssieren.

LANGSAMER ANSTIEG DER REALLÖHNE – RUHIGES PREISKLIMA

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, Veränderungen der Wettbewerbs- und Produktionsstruktur schlagen sich in der Lohnbildung nieder. Gemäß der Phillipskurve sind Lohnerhöhungen negativ mit der Arbeitslosenquote korreliert. Im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Lohnfindung nimmt auch die Arbeitnehmerseite auf Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit bedacht. Infolge der Liberalisierung schrumpft der geschützte Sektor der Wirtschaft zusehends. Die Aufspaltung und Privatisierung größerer nationaler Konzerne, die Ausgliederung von Produktionsschritten und Dienstleistungen sowie die Internationalisierung senken den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der unselbständig Beschäftigten und schwächen die (auch betrieblich verankerte) Position der Gewerkschaften.

Unter diesen Voraussetzungen werden die Reallöhne je unselbständig Beschäftigten im privaten Sektor deutlich langsamer wachsen als die Arbeitsproduktivität. Der öffentliche Sektor ist ohnedies zur Lohnzurückhaltung angehalten. Die Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme nimmt im Prognosezeitraum durchschnittlich um 3% jährlich zu, um ½ Prozentpunkt langsamer als die Gewinne. Die bereinigte Lohnquote sinkt, nach einer (statistisch bedingten) Verbesserung im Jahr 1996, bis 2000 kontinuierlich.

Weder vom Import noch von den Lohnkosten sind Preis- auftriebstendenzen zu erwarten. Die zunächst noch schwache Nachfrage und der ständige Wettbewerbsdruck, der sich auch auf bisher geschützte Bereiche ausdehnt, dürften bis 1998 einen Rückgang der Inflationsrate auf 1¼% bewirken. Deutlich überdurchschnittlich dürfte weiterhin der Auftrieb der Mieten sein. Erst gegen das Jahr 2000 ist im Zuge der Wachstumsbeschleunigung mit einem leichten Anziehen der Inflation

zu rechnen. Im Durchschnitt der fünf Prognosejahre sollte die Inflationsrate unter 2% bleiben. Das Preisklima wird also erheblich ruhiger sein als in der ersten Hälfte der neunziger Jahre (3,2%).

LITERATURHINWEISE

Breuss, F., „Die Wirtschafts- und Währungsunion – Eine Jahrhundertaufgabe“, WIFO Working Papers, 1996, (86) (erscheint demnächst)

Kramer, H., Lehner, G., „Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung“, WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(3), S. 163-169

Marterbauer, M., „Konjunkturabschwächung verstärkt Anstieg der Arbeitslosigkeit Prognose für 1996 und 1997“, in diesem Heft

Schulmeister, St., „Divergenzen im internationalen Wachstumsprozeß. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2000“. WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(3), S. 187-201.

Fiscal Consolidation in View of the Completion of EMU Medium-Term Projections for the Austrian Economy – Summary

The Austrian economy has been struck by the most recent business cycle downturn in Europe. At the same time, a two-year program of fiscal consolidation has been launched comprising all levels of government, with the aim of bringing down public sector borrowing to 3 percent of GDP by 1997.

In the short run, lackluster demand from abroad and real income losses of private households will considerably dampen the pace of activity. As from 1998, demand and output should rebound strongly and advance by nearly 3 percent p.a. until the year 2000. On average for the period 1995-2000, real GDP may rise by only 1.8 percent p.a., thereby falling somewhat behind the pace in the EU (projected at 2.1 percent).

A more competitive environment adds to the pressure for rationalization and efforts to save labor as input for production. The public sector is unlikely to expand its personnel capacities in the foreseeable future. Therefore, the number of jobs may not increase over

the projection period, leading to a marked increase in unemployment. In 1998, the jobless rate may attain 8 percent (of the dependent labor force, as conventionally measured), before abating to 7½ percent by 2000.

Labor market and wage developments are closely interrelated. Real wages are expected to increase at a markedly slower pace than labor productivity.

Inflation should remain firmly under control, as neither import prices nor wage costs are likely to exert significant upward pressure.

The new setting of fiscal policy and the projected international scenario will allow government borrowing to decline to a ratio of 3 percent of GDP by 1997, thereby meeting the relevant convergence criterion for participation in the European Monetary Union. Thereafter, with economic growth accelerating and public authorities maintaining tight control over expenditure, the deficit/GDP ratio may continue falling to 2 percent by the year 2000.